

Stadt will Unterkünfte für Flüchtlinge bauen

Wedel muss beim Bürgerentscheid mit „Nein“ stimmen

Bundesweit hat es in den ersten drei Quartalen des Jahres 2015 - 461 rechte Straftaten gegen Asylunterkünfte gegeben. Das hat das Bundeskriminalamt Ende Oktober mitgeteilt. Dazu gehören etliche Brandanschläge, auch solche, bei denen Flüchtlinge in Lebensgefahr gerieten.

Betroffen sind auch Städte und Gemeinden, die bisher als weltoffen galten wie Flensburg. Dort wollte die Stadt am 16. Oktober Flüchtlinge in einem renovierten Wohnblock der Travestraße unterbringen. In der Nacht zuvor fackelten Unbekannte die vorgesehene Unterkunft ab.

Wedel ist bisher von solchen Anschlägen verschont geblieben. Darüber wollen wir uns freuen, zumal unsere Stadt einmal bundesweit zur „weltoffenen Gemeinde“ erklärt wurde. Stolz dürfen wir auf die große Bereitschaft in der Wedeler Bevölkerung sein, Flüchtlinge willkommen zu heißen und ihnen zu helfen, sich hier von den Strapazen der Flucht vor dem Krieg zu erholen und neuen Mut zu schöpfen. Helferinnen und Helfer stellen sich als Lotsen für Behördengänge, Einkäufe oder Arztbesuche zur Verfügung. Andere bieten Sprachkurse an, sammeln und vertei-

len Sachspenden. Eine solche „Willkommenskultur“ existiert aber auch in Flensburg. Wir haben also gute Gründe, wachsam zu bleiben und auf jeden Versuch zu antworten, der geeignet ist, das weltoffene Klima in unserer Stadt zu vergiften. Eine weltoffene Gemeinde muss gelebt werden.

Nicht alle Menschen in Wedel denken so. Auch unter uns gibt es Bürger, die Flüchtlingen signalisieren: Wir wollen euch nicht. In Unterschriften für ein Bürgerbegehren hat eine Initiative durchgesetzt, dass am 29. November eine Abstimmung über einen Bürgerentscheid zum Erhalt der Grünanlage Ecke Feldstraße/ Rudolf-Breitscheid-Straße stattfindet. Diesen Standort hatte die Stadt für den Bau von Notunterkünften für Asylsuchende, Aussiedler und Flüchtlinge ausgewählt. Das städtische Grundstück liegt isoliert und ist nicht Teil eines Grünzugssystems, heißt es in einer Erklärung der Stadt. Dort befinden sich Sträucher, große und kleine Bäume, Verkehrsflächen wie ein Fuß- und Radweg und ein Parkstreifen, Flächen für Altglas, Altpapiercontainer, ein Trafoshaus und ein unterirdischer Bunker mit zwei Bunkereingängen. Das Grundstück ist planungsrechtlich Bau-

land.

Die Stadt braucht Wohnunterkünfte, um ihren dringenden aktuellen Verpflichtungen nachkommen zu können. Das Eckgrundstück – 1.800 Quadratmeter groß – soll in lockerer Bauweise umgestaltet werden, wobei die dort befindlichen drei alten Eichen stadtbildprägend erhalten bleiben. Gebaut werden soll so, dass es in die Umgebung passt.

Bedenken von Anwohnern sind von der Stadt berücksichtigt worden. Trotzdem will die Initiative ihren Widerstand mithilfe der Wedeler Bürgerinnen und Bürger durchsetzen.

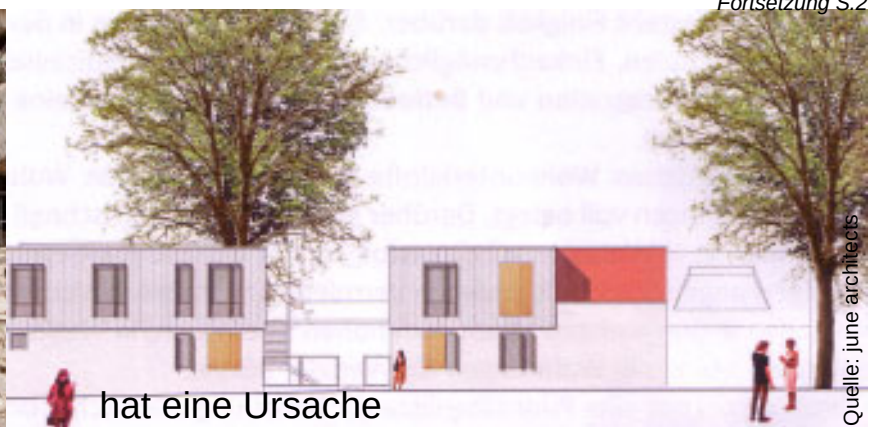
Dabei hat sich inzwischen herausgestellt, dass viele Unterzeichner angesichts des Flüchtlingseinsatzs und der Notlage vor Ort ihre Unterschriften zurückziehen wollten, was aus formalen Gründen angeblich nicht möglich war. Sie hoffen nun, dass das Ergebnis des Bürgerentscheids ein klares „Nein“ ergibt.

In der Ratsversammlung versuchten Sprecher der Bürgerinitiative mit Unterstützung eines Videos, auf dem immer wieder possierliche Eichhörnchen zu sehen waren, für ihre Haltung zu werben. Je näher der Termin der Abstimmung heranrückt, werden sich die Aus-

Fortsetzung S.2



Jede Wirkung



Quelle: june architects

Die ersten Stolpersteine für Wedel

Schüler recherchierten zu den Opfern des NS-Regimes
Helene Johannsen - Betty Elkeles - Karl Timm

Am 2. Dezember werden in Wedel die ersten Stolpersteine gegen das Vergessen niedergelegt. Eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern der Gebrüder- Humboldt- Schule unter der Geschichtslehrerin Sonja Strecker hatte im vorigen Schuljahr im Rahmen eines Projekts das Schicksal von drei Menschen aus Wedel recherchiert, die zwischen 1933 und 1945 vom NS- Regime ermordet wurden. Es handelt sich um Helene Johannsen, Betty Elkeles und Karl Timm.

Während über die VVN- Bund der Antifaschisten auf einem Stadtrundgang über Helene Johannsen und Betty Elkeles als Opfer des Euthanasie- Vernichtungsprogramms bereits berichtet werden konnte, taucht der Name Karl Timm im Jahre 2014 erstmals auf. Timm wurde als angeblicher Wehrmachts- Deserteur 1942 in Dresden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Karl Timm war 19 Jahre alt. Ihm wurde vorgeworfen, als Luftwaffensoldat zu spät vom Heimaturlaub zu seiner Einheit zurückgekehrt zu sein, was als schweren Verbrechen galt. Insbesondere seine Schwester bemühte sich verzweifelt aber vergebens darum, mit einem Gnadengesuch das Leben ihres Bruders zu retten.

Bei Recherchen in Dresden ist der Hamburger Antifaschist Rene Senenko, Mitglied der Willy- Bredel- Gesellschaft, auf die Namen von „Deserteuren“ ge-

stoßen. Bei weiteren Nachforschungen ergab sich, dass in Wedel noch ein jüngerer Bruder von Karl Timm lebt. Mittlerweile wurden in Niedersachsen weitere Angehörige ermittelt, so dass es möglich wurde, das kurze Leben von Karl Timm aufzuzeichnen.

Die Schülerinnen und Schüler der Projektgruppe Schule sprachen mit dem in Wedel lebenden Bruder des Ermordeten, sie sichteten Dokumente und setzten letztlich durch, dass nun drei Stolpersteine niedergelegt werden können. In der Abschlussfeier für die Schulabgänger wurde über drei weitere Opfer des NS- Regimes berichtet. In zwei Fällen bedarf es noch weiterer Recherchen. Das dritte Schicksal, über das die Schülerinnen und Schüler

forschten, betrifft die jüdische Kauffrau Jetta Husmann aus der Bahnhofstraße, für die auf Wunsch der Familie von einem Stolperstein abgesehen wurde. Sie hatte ihrem Leben nach Erhalt eines Deportationsbefehls selbst ein Ende gesetzt.

Der Künstler Gerhard Demnich, der schon Tausende Stolpersteine in Deutschland und anderen europäischen Ländern niedergelegt hat, kommt am 2. Dezember auch zu uns nach Wedel. Vor dem Hause Bahnhofstraße 35 wird Demnich den ersten Stolperstein in den Gehweg setzen. Bürgermeister Niels Schmidt wird eine Gedenkrede halten und den Schülerinnen und Schülern für ihre Initiative danken. Wi.

Das Boot ist leer*
Simulanten vor
dem Reichstag



*Im Sinne der CSU:
Das Boot BRD ist voll.
Deshalb dürfen sie
fahren.

Fortsetzung v. S.1

einandersetzungen in der Öffentlichkeit zuspitzen. Es dürfte den Initiatoren schwer fallen, sich des Verdachts zu erwehren, fremdenfeindliche Motive zu haben. Aber es kommt nicht auf die einzelnen Personen an, die sich gegen den Bau der Notunterkünfte wenden. Entscheidend ist das Abstimmungsergebnis, das deutlich klar machen muss: Wir sind mit den Flüchtlingen solidarisch. Sie sind im weltoffenen Wedel willkommen. Das Asylrecht darf nicht angetastet werden. Günther Wilke

Das Boot ist voll*
Asylanten vor der
türkischen Küste



*Deshalb werden sie von der türkischen Küstenwache an der Fahrt nach Lesbos gehindert.

Wedel hat endlich einen Puttener Weg

Erinnerung an niederländische Opfer des KZ Außenlagers

Es hat lange gedauert, bis sich eine Ratsversammlung fand, die eine Straße oder einen Weg nach dem niederländischen Ort Putten benannte. Nun endlich, 70 Jahre nach der Befreiung vom NS-Regime, hat Wedel einen Puttener Weg. Er erinnert an die niederländischen Opfer des KZ-Außenlagers Wedel, das im Herbst 1944 an der Rissener Straße errichtet wurde. In nur fünf Wochen kamen hier 28 Häftlinge ums Leben, unter ihnen 13 aus dem Dorf Putten im Gelderland. Sie



waren zusammen mit 658 anderen männlichen Einwohnern des Dorfes von der deutschen Wehrmacht in Konzentrationslager verschleppt worden. Nur 48 von ihnen überlebten. Der Opfer des NS-Kriegsverbrechens wird alljährlich am 2. Oktober in Putten gedacht. An den Gedenkfeiern nimmt regelmäßig auch eine Abordnung des Arbeitskreises der Stadt Wedel gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit teil. Enge Kontakte gibt es seit Jahren zwischen dem Arbeitskreis, der Gruppe Wedel der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten und der „Stichting 44“ aus Putten. Währenddessen tat sich die Stadt schwer, offizielle Einladungen zu den Gedenkfeiern in Putten anzunehmen.

Immerhin gibt es seit 2013 am KZ-Gedenkstein an der Rissener Straße eine Tafel mit den Namen der im KZ verstorbenen Puttener Männer.

Was den Arbeitskreis stört, ist die Tatsache, dass sich der Puttener Weg an einer Meter langen grauen Mauer, am Betriebsgelände der Recyclingfirma Bötzel erstreckt. Vorgeschlagen wurde nun, die Firma Bötzel zu bitten, die Mauer neu zu weißeln und die Fläche für Sprühbilder zur Geschichte Puttens zur Verfügung zu stellen. Inzwischen ist mit Johann Lucht aus Osdorf ein Graffiti-Künstler gefunden worden, der einen Entwurf vorlegen will. Lucht arbeitet gerade an einem fotorealistischen Graffiti an der Albert-Schweitzer-Schule.

Gesucht werden nun noch Sponsoren, die mit Spenden dafür sorgen, dass die gute Idee umgesetzt werden kann.

Das Mahnmal in Putten (Niederlande)

Anti-TTIP Demo macht Mut

250.000 demonstrierten in Berlin - Politisch - laut - bunt

Die Veranstalter im Bündnis erlebten etwas, was so eher auch in der außerparlamentarischen Bewegung eine Seltenheit ist: statt der prognostizierten 50.000 kamen mehr als 250.000!

Der Stern veröffentlichte, die Mehrheit der Bevölkerung sei gegen TTIP. Auch

rechtigkeiten, das Flüchtlingselend, ökologische Katastrophen und die überwachungsstaatlichen Strukturen erzeugen Ablehnung und Widerstand.

- Die Gegenkräfte sind infolge vieler Erfahrungen bereit zu Bündnissen und

täten beitragen kann. Wir sollten das angesichts der latenten Gefahr weiterer Formierungen rechter und faschistischer Kräfte nicht unterschätzen. Sie versuchen, sich als Kräfte zu profilieren, die TTIP ablehnen, bedienen dabei aber gefährliche nationalistische Paro-



bei dem CDU – orientierten Teil sei es fast die Hälfte der Befragten, und im sozialdemokratisch orientierten Umfeld waren fast 2/3 der Befragten gegen Freihandelsabkommen diesen Inhaltes. In relativ kurzer Zeit wurde, auch mit Hilfe der neuen Medien, durch Information, Aufklärung, Diskussion und Aktionsorientierung eine beachtliche Wirkung erzielt. Der Pro-TTIP-Propaganda mancher Medien und auch Regierenden, wie Vizekanzer Gabriels Großanzeigen, wurde erfolgreich entgegengewirkt. Die regierenden Parteien und die politisch mächtigen Konzerne und Banken haben damit zunächst eine deutliche Niederlage erlitten.

Was sind Ursachen dafür?

- Die Erfahrung zeigt, dass Versprechungen für eine glückliche sorgenfreie Zukunft der Bevölkerung oft nur vergiftete Köder sind für neue Grausamkeiten in sozialen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Lebensbedingungen. Das Vertrauen in Regierungen, tragende Parteien und Massenmedien verschlechtert sich zunehmend. Nicht zuletzt Kriege, soziale Unge-

zu gesellschaftlichen Allianzen, die ein beachtliches Potential mobilisieren können. Dabei ist eine wichtige Entwicklung, dass die Tendenz zu mehr Engagement in der Bevölkerung und das gesellschaftspolitische Wirken der DGB Gewerkschaften sich wechselseitig beeinflussen und fördern. Auch internationale Entwicklungen wirken stimulierend durch schnelle Kommunikationsmöglichkeiten.

Zumindest in einigen Regionen gelingt es, den antifaschistischen Konsens so zu entwickeln, dass er das politische Klima bestimmt.

Erste Reaktionen in Berlin und Brüssel zeigen, dass der Protest angekommen ist.

Die Aktionen gegen TTIP, CETA und TISA haben insbesondere bei der Großdemonstration in Berlin sicht- und hörbar eine beachtliche politische Ausrichtung.

Diese Feststellung darf aber nicht übersehen, dass dies auch zu gefährlichen Rechtstendenzen und zur Stärkung neofaschistischer und ausländerfeindlicher Gruppierungen und deren Aktivi-

len. Sie formulieren z.B. plumpen Anti-Amerikanismus. Objektiv erfüllen sie die Aufgabe, vom Inhalt der wahren Bedrohungen durch Freihandelsabkommen abzulenken, die Bewegung zu spalten und zu diskreditieren.

Dennoch: Die gelungene Großdemonstration, besonders auch der große Anteil junger Menschen kann stimulierende Wirkungen für längst notwendige breite gesellschaftspolitische Bewegungen und Allianzen haben. Sie müssen jetzt vor allem vor Ort in Betrieben, Dörfern, Stadtteilen und Regionen wachsen.

Heinz Stehr

ViSdP:

Günther Wilke

Tel 3486

Fotos:

HSH Nordb 1

Meinung 4

Edith Zenker 1

Rolf Beyer 1

june architects 1

j.wilke 1

Zein al-Rifai(AFP) 1

Stadt Putten 1

Ernst Barlach Ges. 1

John Lennon Imagine

Musiker
Poet
Friedensaktivist

Ernst Barlach Museum 3.10.2015-28.2.2016

Sein Song „Imagin“ zählt zu den Klassikern der Popmusik. 1971 komponiert, wurde er zu einer Hymne der internationalen Friedensbewegung. Im Text beschreibt der Beatle eine Welt, die frei ist von Krieg, von Nationalismus und Privateigentum. Anlässlich seines 75. Geburtstages zeigt das Ernst-Barlach-Museum in Wedel noch bis zum 28. Februar 2016 eine Ausstellung über den Musiker, Poeten, Zeichner und Friedensaktivisten.

Darin werden die biografischen Stationen seines Lebens dokumentiert in Form von Songtexten, Objekten, Fotos, Postern, Videos, Zeichnungen und Lithografien.

John Lennon war erst 40 Jahre alt, als er in seiner Wohnung im Dakota Building in der 72. Straße von New York erschossen aufgefunden wurde. Unvergessen sind auch seine Filme mit Yoko Ono wie „War is over“ und dem Song „Give peace a chance“.

DGB- Stammtisch Wedel: TTIP muss gestoppt werden

Unter dem Eindruck der machtvollen Anti-TTIP-Demo am 10. Oktober in Berlin berichteten Wedeler Gewerkschafter beim DGB-Stammtisch über ihre Eindrücke und Stimmungen. Einhellig wurde die Meinung vertreten, die im Geheimen verhandelten TTIP – und CETA-Abkommen dürften nicht durchkommen. „Wir müssen dran bleiben und noch mehr Druck entfalten“, meinte ein Kollege, „es ist möglich, dieses hinter verschlossenen Türen ausgebrütete Vertragswerk, das nur den großen Konzernen dient, zu verhindern.“ Ein GEW-Kollege zitierte den Bundestagspräsidenten Lammert (CDU), der erklärt hatte, TTIP würde im Bundestag erst verabschiedet, wenn alle Abgeordneten wissen, worüber sie abstimmen sollen“.

Enttäuscht und empört waren die Kolleginnen und Kollegen beim Gewerkschafts-Stammtisch über die Berichterstattung eines großen Teils der Medi-

en, die dieser Demonstration nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben, obwohl es sich um eine der zahlenmäßig größten gehandelt habe die in den letzten zehn Jahren in der Hauptstadt stattgefunden hat. So könne es geschehen, dass ein großer Teil der deutschen Bevölkerung nicht weiß, dass auf Druck der USA-Administration Standards im Umwelt, Sozial-Arbeitsrecht und Verbraucherschutz ausgehöhlt werden sollen. Leider habe es auch der Gewerkschaftstag der IG Metall versäumt, ein klares Nein zu dem Attentat auf die Demokratie zum Ausdruck zu bringen.

Über den IG Metall-Kongress berichtet in Wedel am Mittwoch, 18. November, um 19.30 Uhr im Kommunikationszentrum „Mittendrin“ der IGM Delegierte Rolf-Rüdiger Beyer auf einer öffentlichen Veranstaltung der Marxistischen Abendschule MASCH.



18.11.

Mittwoch, 19.30
Mittendrin
Friedrich-Eggers-Str.



Rolf-Rüdiger
Beyer
IG Metall

Für eine aktive Friedenspolitik

Bericht vom Gewerkschaftstag der IGM unter besonderer Berücksichtigung der Diskussionen und Abstimmungen zu den 24 Anträgen zum Kapitel „Für eine aktive Friedenspolitik“. Angesichts des weltweiten Migrationselends, wesentlich verursacht durch zahlreiche sog. Weltordnungskriege, die zu einem nicht geringen Teil mit deutschen Waffen geführt werden, und der zunehmenden Gefahr größerer militärischer Konflikte ist das Eintreten für eine aktive Friedenspolitik von existentieller Bedeutung. Kolleginnen und Kollegen der IGM und von verdi haben eine Anzahl von Anträgen zu dieser Thematik formuliert. Diese werden auf den Gewerkschaftstagen im September und Oktober beraten und abgestimmt.

**Gemeinsame Veranstaltung des
DGB-Ortsverbands
und der Masch-Wedel**

Wenn ich groß bin werde ich unsterblich

Neues aus der Planwirtschaft

Ist die Bank erst groß genug, wird sie von Baffin und Bundesbank zu den systemrelevanten gezählt und darf damit nicht sterben.

2012 waren 36 deutsche Banken unsterblich. Sie gelten nach der Doktrin als „too big to fail“ - zu groß um zu scheitern. Na klar, die Großen gehören dazu, aber auch alle Landesbanken und einige große Sparkassen.

Die Wedeler Sparkasse gehört noch nicht dazu, aber die HSH-Nordbank, deren Eigentümer die beiden Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein sind, aber auch die Sparkassen dieser Länder zu 5,31%.

Die zugrundeliegende Idee lautet: Banken die aufgrund ihrer Größe, ihrer Beziehungen zu anderen Banken im In- und Ausland bedeutend für die Stabilität der Branche sind, gilt es im Notfall zu retten. Es gelte Verwerfungen, Ansteckungen anderer Banken und andere negative Auswirkungen zu verhindern, deshalb seien staatliche Stützen notwendig (Bail out), zur Vermeidung der Insolvenz. Alternativ könnte man die angeschlagenen ausbluten lassen (drop dead). Die Instrumente wurden schon vor hundert Jahren entwickelt und immer mal wieder in verschiedenen Ländern in vielen Varianten angewandt.

Zur Zeit dümpeln die Volkswirtschaften der westlichen Welt seit sieben Jahren in einem nahezu zinslosen Notstandsgebiet.

Kredite gibts von den Zentralbanken der USA und der Europas zum Nulltarif und sie fluten die Finanzmärkte. Das US-Finanzportal „Zero Hedge“ nennt dies „Planwirtschaft zur Rettung der Großbanken“.

In der realen Wirtschaft sind die Zentralbankgeschenke selten angekommen. Die Finanzindustrie profitiert davon. Die Spekulation ist sehr günstig geworden, günstiger noch als vor der Krise. Aber auch die Finanzminister und ihre öffentlichen Haushalte bekommen Entlastungen. Nach einer Studie der Uni Halle/Saale hat der Bundesfinanzminister (seit 2010) 100 Milliarden Euro an Steuern gespart durch die geringeren Zinszahlungen für öffentliche Schulden. Nach Aussage von Marc Cybulski, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Wedel, spart der Bund in den kommenden Jahren 160 Milliarden Euro an Zinsen.

Einige Bemerkungen zur Mutter aller Sparkassen, der HSH-Nordbank und ihrer verschleppten Abwicklung. Seit Jahren wird

bei der zuständigen EU-Kommission untersucht, ob denn die Bürgschaft der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Höhe von 10 Milliarden rechtens sei. In der Jahresbilanz 2013 der Sparkasse Wedel wurde eine Entscheidung darüber im Jahre 2014 erwartet. Im Oktober 2015 war es soweit. Der HSH-Vorstand hatte vorab schon einmal die fälligen Zinsen für die Geberländer nicht bezahlt - 400 Millionen für Hamburg und Kiel. Und er hatte um die freundliche Übernahme eines Großteils der faulen Kredite, eingelegt in eine BadBank durch die beiden Bundesländer, gebeten. Die Reeder und andere Gläubiger hatten ein großes Interesse am Fortbestand einer staatlich entlasteten halbierten Bank. Nicht bediente Schiffskredite stellen einen Großteil der faulen Papiere. Und so kam es zu keiner Überraschung.

Die EU-Kommission verkündete im Oktober:

1. Sie hält die HSH Nordbank für nicht lebensfähig.
2. Das Ende des schon lange Jahre währenden Niedergangs der Bank wird festgesetzt.

Bis Anfang 2016 soll sie in eine „badbank“-Holdinggesellschaft und eine „goodbank“-zerlegt werden. Die Erhöhung der Garantien der Länder von 7 auf 10 Milliarden Euro wird als staatliche Abwrackhilfe gewünscht. Die „goodbank“ hat zwei Jahre Zeit sich zu verkaufen - also versucht die Privatisierung im Rahmen eines von der Kommission gestellten Regelwerks.

Sie muss von ihren 15,4 Mrd. Euro an faulen Papieren 8 Mrd. verkaufen.

Die Länder dürfen -also müssen- max. 6,2 Milliarden vom Schrottplatz übernehmen. 2 Mrd. müssen einen Investor finden. Die Übertragung notleidender Kredite darf nur zu Marktwerten geschehen. Sollte der kleiner sein als der Buchwert in den Büchern der HSH, müssen die Länder die Verluste sofort decken. Mit wenig Phantasie sehen wir die genehmigten Garantien dabei verschwinden. Nach der letzten Hochrechnung waren ohnehin schon 2,1 Mrd. verbraucht.



Rechte Provokation abgeblitzt

Sportvereine heißen Flüchtlinge willkommen

Mit einer groß angelegten Veranstaltungsserie wollte die von der AfD abgespaltene Rechtspartei ALFA in Schleswig-Holstein für ihre fremdenfeindliche Politik werben. „Privatpersonen“ wurden vorgeschickt, um vor allen in Clublokalen von Sportvereine Räume anzumieten. Sie vertrauten darauf, dass ALFA bei den Vereinswirten kein Begriff ist. Die Partei des einstigen AfD-Gründers Lucke hatte in Wedel sogar schon Plakate mit dem Aufdruck „Merkel stoppen“ aufgestellt. Aber die Rechtspartei hatte nicht mit der Wachsamkeit der Wedeler Antifaschisten gerechnet. Diese intervenierten sowohl in der Highlight-Sportsbar des Wedeler TSV als auch beim Vorstand. Ergebnis: Der Veranstaltung findet im Highlight nicht statt. Der Inhaber, Stefan Bauer, hat dem Vereinsvorstand signalisiert, er werde auch in Zukunft rechten Parteien keine Versammlungsräume zur Verfügung stellen.



Auch in Pinneberg hat die Rechtspartei eine Abfuhr erlitten. Nach einer Information von Klaus-Dieter Brüggemann, Kreisgeschäftsführer der Linken, hat der Vorstand des VfL Pinneberg einstimmig entschieden, der ALFA eine Absage zu erteilen. Verwiesen wird darauf, dass sich der Verein zurzeit auf verschiedene Weise um die Integration von Flüchtlingen kümmert. Das breite Angebot reicht von Sportangeboten bis zu Sprachkursen. Ausländerfeindlichkeit und Sport sind unvereinbar.

Bei Redaktionsschluss war noch nicht bekannt, wie in Elmshorn, Itzehoe, Neumünster, Lübeck, Kiel und Kappeln auf die Versuche der Rechtspartei reagiert wurde. Sie sollen nach Informationen der VVN-BdA und von Antifa-Initiativen im November und Dezember auch in weiteren Städten Schleswig-Holsteins organisiert werden.

HSH-Nordbank wird abgewickelt - Sektorkorken knallen bei Gläubigern

Die Korken knallen Der Sekt fließt

Die Freude bei den Gläubigern ist groß, wieder einmal werden die Lasten einer Zombiebank auf öffentliche Hände geschoben. Man könnte auch das Abwicklungsgesetz der EU anwenden, es sieht eine Beteiligung der Investoren bei Verlusten vor. Diese Anwendung hat die Kommission aber nicht verschrieben. Eine Anleihe von 430 Millionen muss von der HSH Nordbank im Dez. 2017 zu 100% zurückgezahlt werden. Im September war sie auf 68% gesunken. Nach den Brüsseler Entscheidungen schnellte der Kurs auf 90%. Die Großbank BNP Paribas und die Commerzbank raten zum Kauf dieser Anleihe, sie gilt als „sicher“.

Was sagen die Landesregierungen?

Die Grüne Monika Heinhold, Finanzministerin in Kiel, stellt fest: „Alle Alternativen wären teurer geworden.“ Und sie verweist auf die Möglichkeit Einnahmen zu erzielen beim Verkauf der Restbank.

Die Schulden des Landes von 27,3 Mrd. werden um etliche Milliarden wachsen.

W.Kubicki (FDP) kündigte den Gang vor das Bundesverfassungsgericht für den Fall an, dass die Kieler Landesregierung tatsächlich die „badbank“ anteilig übernimmt. Er will klären lassen, ob das Land die mit viel krimineller Energie erzielten Schulden übernehmen darf.

Im Hamburger Rathaus stellt man fest, dass die Übernahme fauler Kredite das Risiko für die Länderhaushalte nicht verändert. Die Ausfallrisiken seien - durch die Garantien - ohnehin schon bei den Ländern.

Auf den Höhen der Hamburger Schulden von 24 Mrd. werden also weitere 10 Mrd. landen. Mitgebracht aus dem gierigen Spiel im internationalen Finanzkasino.

Wenn man in Zukunft die größten Verschwendungen öffentlicher Gelder in der BRD aufzählt wird man die HSH Nordbank erwähnen.

Obwohl die abschließenden Zahlen erst später bekannt werden. 20+x werden es wohl sein.



Hier sehen sie nicht die Verkehrsprobleme der Altstadt in stabiler Seitenlage. Von dieser Annahme geht man bei SPD und Grünen aus.

Es handelt sich hier um eine gefährliche Schieflage die nicht stagniert, sondern eskaliert. Es muss sich umgehend etwas ändern.

Tod der historischen Altstadt droht Stopp für die Nordumfahrungsplanung

Noch im Februar wurden im Rat der Stadt 720.000 Euro genehmigt für Ausschreibungen zur Planung der Nordumfahrung. Auf der Ratsitzung im Oktober wurden weitere notwendige Gelder für die Planung von einer Mehrheit aus SPD, WSI, Grünen und Linken verweigert. Dabei hatte Kissig (CDU) dem Rat vorgerechnet, dass die Stadt Wedel für einen Kredit über 1 Millionen Euro nur 1,6% Zinsen - also nur 16.000 Euro im Jahr - bezahlen muss.

Die Finanzierung der Planung sei also gar kein Problem, nie so günstig wie heute zu bekommen.

Vor nicht allzu langer Zeit hatte man im

Rat mehrheitlich für die Verlegung der B431 auf eine nördliche Umfahrung der Stadt gestimmt. Nun drohen die 50 Jahre alten Verkehrsprobleme in der Altstadt und an der B431 noch wesentlich älter zu werden. „Kommt die Umgehung nicht, wird sich der Verkehr weiterhin durch den Stadtkern quälen müssen. Dies wird auf lange Sicht den Tod der historischen Altstadt bedeuten“ heißt es in einer Presseerklärung der BI Altwedel. Im Norden Wedels entstehen z.Zt. über 100 und bald weitere 900 Wohnungen, der Hafen ist fertig und der Businesspark wird kommen, eine nördliche Umfahrung hätte eine hohe Entlastungswirkung.

Vermieter Spitze: Sozialer Wohnungsbau? Nicht mit mir!

Die Mieter der Häuser Rudolf- Breitscheid- Straße 2 bis 6 erfuhren es am 14. Juli 2015 aus dem Wedel-Schulauer Tageblatt: Ihr Vermieter, die Spitze Grundstücksgesellschaft in Hamburg, plant die Aufstockung der Wohnanlage und den Bau einer Tiefgarage. Nach dem Bericht der Zeitung könnten 80 zusätzliche Wohnungen entstehen. Diese Pläne sind aber nur zu realisieren, wenn die Häuser 2 und 6 abgerissen werden, die zurzeit 47 Wohneinheiten umfassen. In diesen Häusern mit barrierefreien Zugängen wohnen überwiegend ältere und zum Teil gehbehinderte Menschen. Sprecher der betroffenen Mietparteien fragen: Wo würden die Mieter in ähnlicher Lage vergleichbaren Wohnraum finden? Sie würden aus ihrem vertrauten Wohnumfeld herausgerissen. Das wäre

besonders für Mieter, die bereits über 30 Jahr in der Anlage wohnen, eine gewaltige Belastung.

Die Mieter erheben auch Einspruch gegen den Bau einer Tiefgarage. Sie würde nach ihrer Meinung eine erhebliche Verschlechterung der Wohnqualität bedeuten.

Das Ziel des Plans der Grundstücksgesellschaft ist klar: Erzielt werden soll eine höhere Rendite. Beträgt die Miete bisher durchschnittlich 6.80 Euro pro Quadratmeter, so soll sie nach Abschluss der Bauarbeiten zwischen 11 und 12 Euro pro Quadratmeter betragen. Öffentlich geförderter Wohnungsbau ist nicht vorgesehen. Das hat der Vermieter bereits bei den Verhandlungen mit der Stadt Wedel ausdrücklich betont. Den Hinweis der Verwaltung, dass die Ratsversammlung

beschlossen hat, künftig nur noch Bebauungspläne aufzulegen, in denen 30 Prozent der Wohnanlagen mit über 1.500 Quadratmeter Größe mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung ausgewiesen werden, schmettert die Firma Spitze ab. Ihr Projekt sei bereits geplant worden, als es noch keinen solchen Beschluss der Ratsversammlung gab.

Am 5. November 2015 beschäftigte sich der Planungsausschuss mit der Änderung des Bebauungsplans „Müllerkamp“. Leider wurde er zur Enttäuschung der Zuhörerinnen und Zuhörer im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung behandelt. Das Ergebnis war bei Redaktionsschluss nicht bekannt. im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung behandelt. Das Ergebnis stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.



Umfrage der BI - Altstadt.de

Würden Sie folgender Aussage zustimmen?

Eine Umgehung ist überfällig, der Durchgangsverkehr zerstört Wedels Stadtkern.

Ja 96%,
Nein 4%

Anzahl Teilnehmer: 926

